



Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Auenverbund Fulda“

**Antrag auf LSG-Entlassung für das Grundstück
Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0 zwecks
Aufstellung des Bebauungsplanes „Talstraße“ im Ortsteil
Odensachsen**

Erläuterungsbericht zum Entlassungsantrag

ENTWURF



Inhalt Erläuterungsbericht

1. Planungsanlass	3
2. Ermittlung der Planungsgrundlagen	4
2.1 Lage des Plangebietes	4
2.2 Inhalt und Ziele des Bauleitplans	7
2.3 Festsetzungen des Bebauungsplanes	8
3. Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Auenverbund Fulda“	8
3.1 Schutzzweck und Schutzziele	8
3.2 Abgrenzung der beantragten Entlassungsfläche	9
3.3 Auswirkungen der beantragten LSG-Entlassung auf das gesamte Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“	10

Anlagen zum Antrag auf LSG-Entlassung für das Grundstück Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0

Lageplan: Fläche zur Entlassung aus dem LSG, M 1:1.000

Artenschutzrechtliche Einschätzung zum Bebauungsplan „Talstraße“
BANU - Diplom-Biologe Torsten Cloos, Stand 04.08.2022

Planentwurf Bebauungsplan „Talstraße“ im Ortsteil Odensachsen,
Stand: 17.10.2022



1. Planungsanlass

Im Rahmen des Haune-Rock-Festivals besteht der Bedarf an Flächen zur Lagerung der umfangreichen Ausstattung. Hierzu ist der Neubau von zwei Lagerhallen und zusätzlichen Stellflächen geplant. Diese baulichen Maßnahmen sind zur längerfristigen Sicherung der Festival-Durchführung erforderlich. Herr Sascha Ruppert aus Haunetal-Odensachsen beantragte als einer der Mitorganisatoren des Festivals bei der Gemeinde Haunetal daher die Aufstellung eines Bebauungsplanes auf dem Flurstück 99/0 in Flur 6 der Gemarkung Odensachsen. Die Gemeinde Haunetal unterstützt das Haune-Rock-Festival und das damit verbundene Vorhaben von Herrn Ruppert.

Das geplante Vorhaben befindet sich am nordöstlichen Ortsrand von Haunetal-Odensachsen und liegt innerhalb der Abgrenzungen des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Auenverbund Fulda“.

Als bauplanungsrechtliche Genehmigungsgrundlage für das Bauvorhaben besteht die Notwendigkeit zur Aufstellung eines Bebauungsplanes. Die im Rahmen des Bauleitplanverfahrens geplante Nutzungsart für das oben genannte Grundstück ist allerdings nicht mit dem Schutzzweck der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“ vereinbar. Daher ist parallel zum Bauleitplanverfahren ein sogenanntes Entlassungsverfahren der Plangebietsfläche aus der Gebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes erforderlich, um einen Widerspruch zwischen zukünftigen Bebauungsplan und der bestehenden LSG-Verordnung zu vermeiden.

Mit dem vorliegenden Antragsschreiben beantragt die Gemeinde Haunetal daher die formale Entlassung des Flurstücks 99/0 in Flur 6 der Gemarkung Odensachsen aus der Gebietsabgrenzung des Landschaftsschutzgebietes „Auenverbund Fulda“.



2. Ermittlung der Planungsgrundlagen

2.1 Lage des Vorhabens

Das Plangebiet befindet sich in der Gemeinde Haunetal im Ortsteil Odensachsen und erstreckt sich am nordöstlichen Ortsrand von Odensachsen zwischen der Talstraße und der Bahnstrecke Frankfurt - Göttingen.

Die Erschließung der Vorhabenfläche erfolgt über die südlich des Plangebiets angrenzende Talstraße. Westlich grenzt unmittelbar der Ortsrand von Odensachsen mit der bestehenden Bebauung an. Östlich des geplanten Vorhabens befindet sich die Kläranlage von Odensachsen. Durch die oben genannte Bahnstrecke wird die Vorhabenfläche im Nord begrenzt. Gleichzeitig erfolgt durch die Bahnlinie eine räumliche Trennung des Plangebietes vom Gewässerverlauf der Haune, diese verläuft noch weiter nördlich der Bahnstrecke.

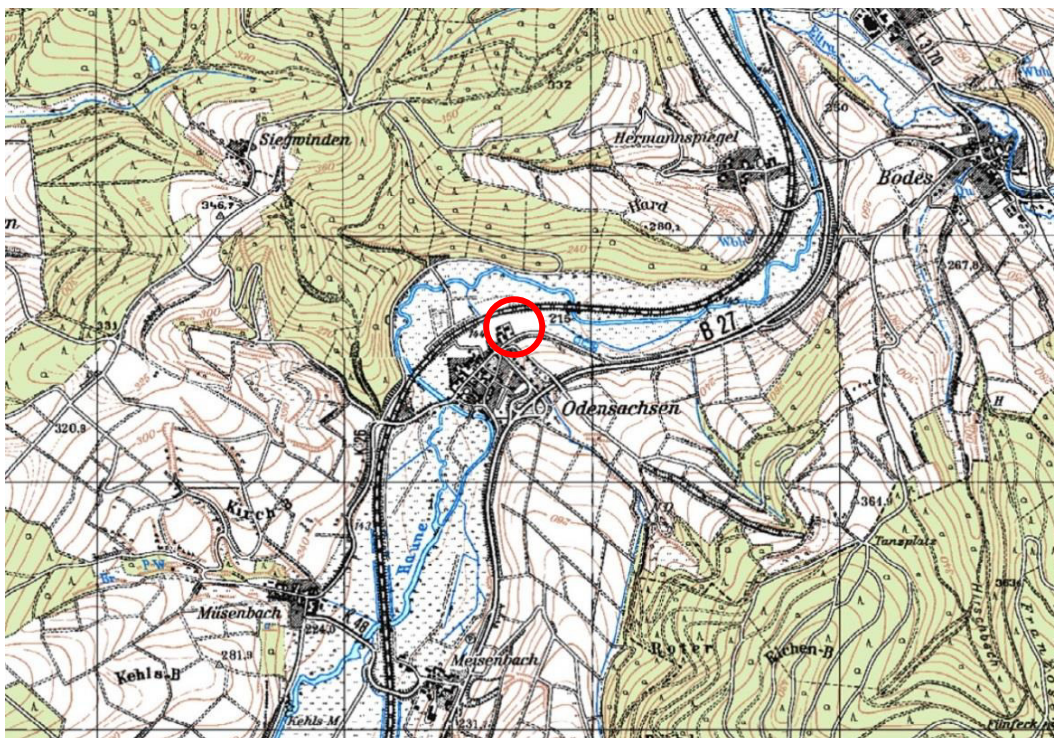


Abb. 1: Ausschnitt aus der Topografischen Karte mit der Lage des Plangebietes im Ortsteil Odensachsen (Marktgemeinde Haunetal)

Der Geltungsbereich der beantragten Entlassungsfläche umfasst das Flurstück 99/0 in Flur 6 der Gemarkung Odensachsen mit einer Fläche von 4.439 m².



Die beanspruchte Fläche für die geplante bauplanungsrechtliche Ausweisung eines Sondergebietes im Rahmen der parallel laufenden Bebauungsplanaufstellung wurde zuletzt intensiv landwirtschaftlich als Ackerfläche genutzt (letzte planungsrechtliche Zustand). Zur Ermittlung des faunistischen Arteninventars wurde im Zuge des Bebauungsplanverfahrens ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag durch das Büro BANU des Dipl.-Biologen Torsten Cloos erstellt, der dem Anhang des LSG-Entlassungsantrags zur Information beigelegt ist.

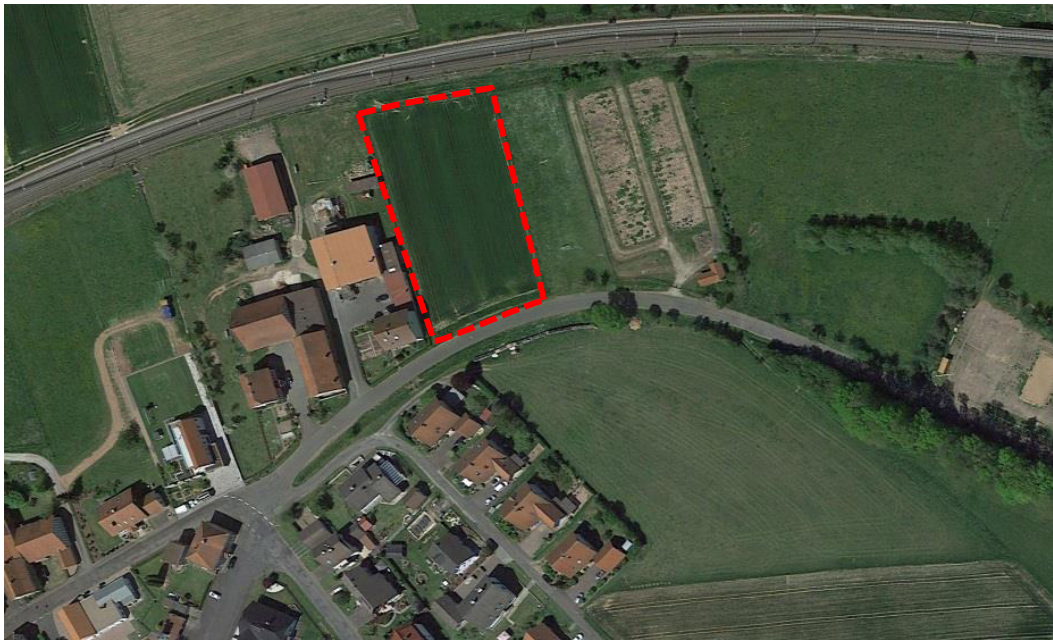


Abb. 2: Luftbild-Ausschnitt mit dem betroffenen Grundstück und der Erschließungsstraße am Südrand, der angrenzenden Dorfbebauung östlich und der nördlich angrenzenden Bahnstrecke Frankfurt - Göttingen

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Grenze des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Auenverbund Fulda“ sowie des naturschutzrechtlich ausgewiesenen FFH-Gebietes 5224-303 „Hauneaue zwischen Neukirchen und Hermannspegel“. Der Gewässerverlauf der Haune erstreckt sich nördlich der Bahnstrecke Frankfurt – Göttingen in einer Entfernung von ca. 200 m zum Plangebiet (vgl. Abb. 1).

Zur Durchführung des Bauvorhabens und vorlaufend des Bauleitplanverfahrens ist daher eine Entlassung der Plangebietsfläche aus der Gebietskulisse des Landschaftsschutzgebietes erforderlich.

Bezüglich des FFH-Gebietes „Hauneaue zwischen Neukirchen und Hermannspegel“ ist eine sogenannte FFH-Verträglichkeitsvorprüfung im Rahmen der



Aufstellung des Bebauungsplanes erforderlich geworden, um erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzzweckes und der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes ausschließen zu können. Im Zuge der Umweltprüfung auf Ebene des Bauleitplanverfahrens wurde die FFH-Prognose mit Aussagen zu den zu erwartenden Auswirkungen auf die Erhaltungsziele nach der Schutzgebietsverordnung zum FFH-Gebiet 5224-303 erarbeitet. Danach können erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes ausgeschlossen werden.

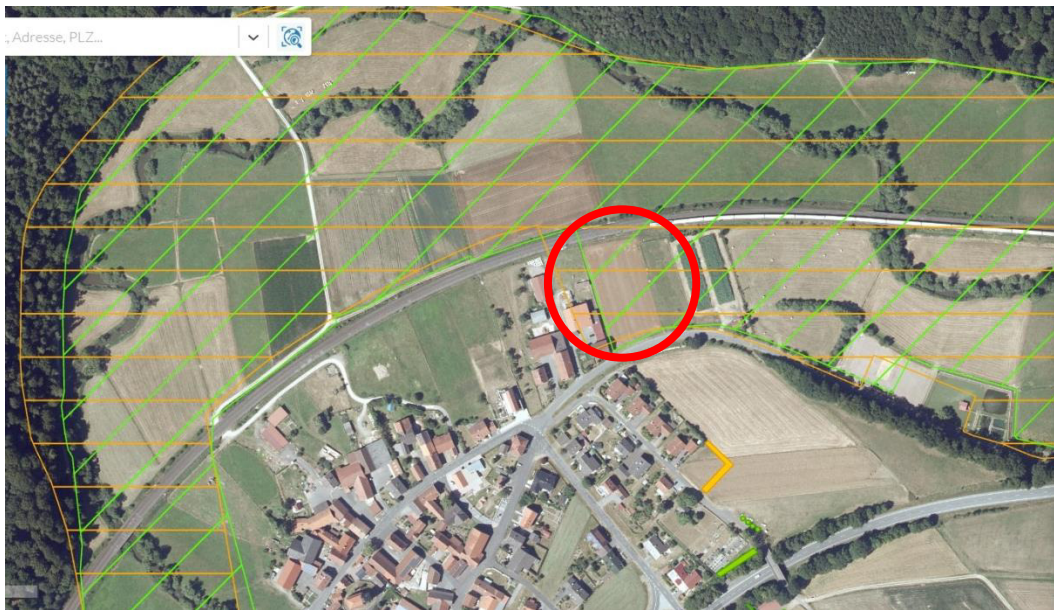


Abb. 3: HLNUG Natureg Viewer, Schutzgebiete mit Lage des Planvorhabens (LSG, waagerechte orange Schraffur und FFH-Gebiete, diagonale grüne Schraffur)

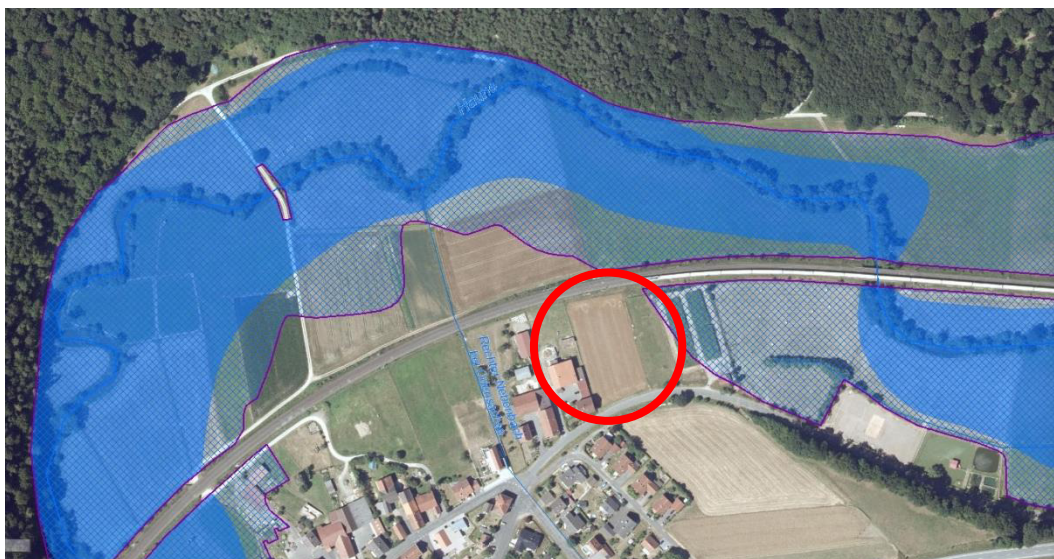


Abb. 4: HLNUG HWRM-Viewer, Abflussgebiet und Überschwemmungsgebiet der Haune mit Lage des Planvorhabens



2.2 Inhalt und Ziele des Bauleitplans

Der Bebauungsplan wird aufgestellt, um die Durchführung des einmal jährlich stattfindenden Haune-Rock-Festivals dauerhaft sicherzustellen. Hierfür wird eine Fläche zur Lagerung der umfangreichen Ausstattung erforderlich. Die Lagerung soll in zwei Mehrzweckhallen erfolgen. Die baulichen Maßnahmen sind zur längerfristigen Sicherung der Festival-Durchführung erforderlich.

Der Bebauungsplan dient der Förderung der Kultur in der Gemeinde und damit der Entwicklung und Stabilisierung des Ortsteils. Ihr liegt die Absicht des in Odensachsen ortsansässigen Herrn Sascha Ruppert als Vorhabenträger zugrunde, der hier die notwendige Lagerungsmöglichkeit für das Haune-Rock-Festival schaffen will.

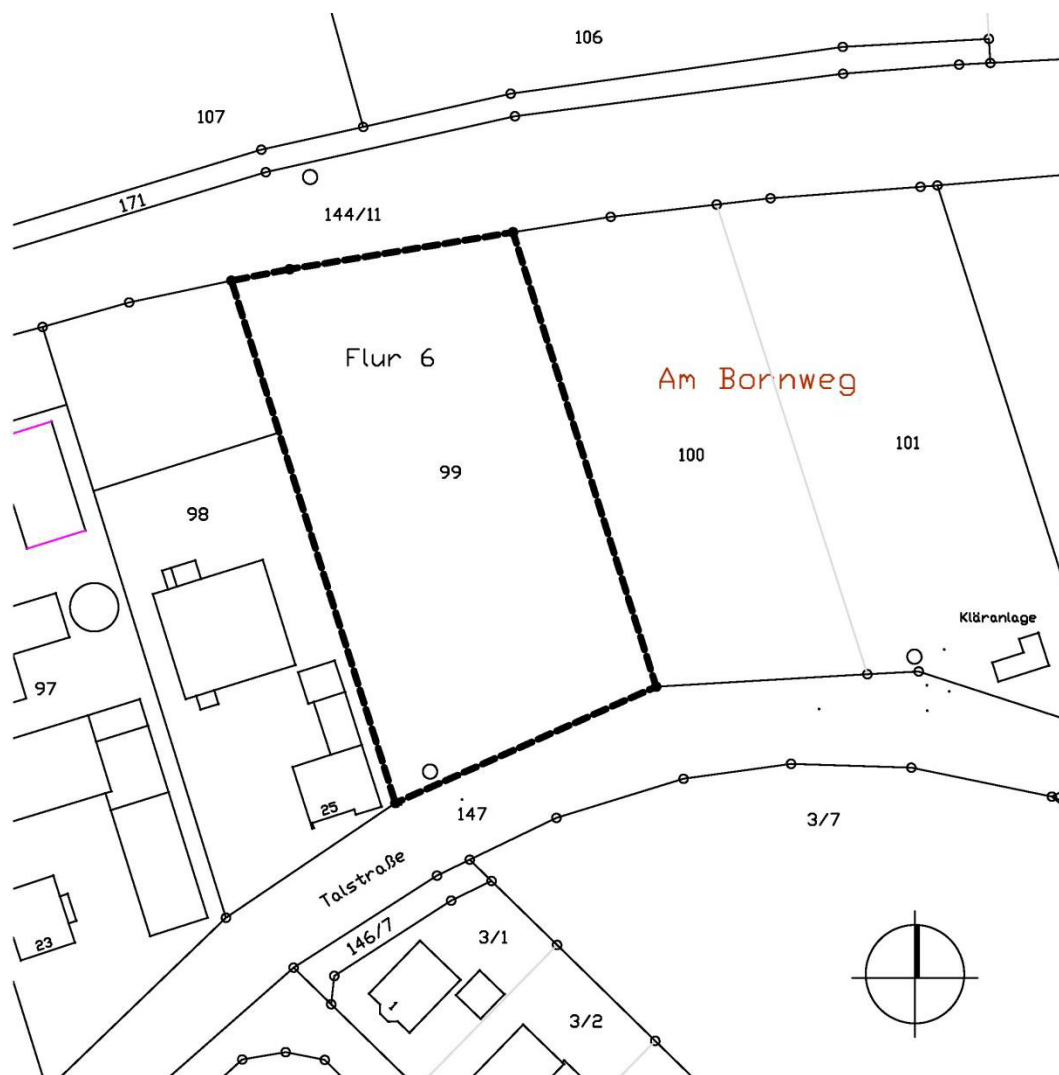


Abb. 5: Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Talstraße“ im Ortsteil Odensachsen (Grundstück Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0)

Die Gesamtfläche des Bebauungsplanes „Talstraße“ im OT Odensachsen beträgt 4.439 qm und umfasst das Grundstück Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0.

2.3 Festsetzungen des Bebauungsplanes

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes setzt im südlichen Bereich mit Anbindung an die Talstraße eine Sondergebietsfläche fest, in der die oben genannten Lagerungsmöglichkeiten durch die Errichtung einer maximal eingeschossigen und kleinteiligen Bebauung erfolgen können. Hinzu kommen die notwendigen Erschließungsflächen, die nachzuweisenden Stellplätze und weitere im SO-Gebiet zulässige Nebenanlagen.

Die nördliche Teilfläche des Bebauungsplanes wird als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen und darüber hinaus als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt mit der Zielsetzung zur Entwicklung von extensivem Grünland. Dieser Teilbereich stellt gleichzeitig den überwiegenden naturschutzrechtlichen Ausgleich für die durch die Bebauungsplanaufstellung ermöglichten Eingriffe in Natur und Landschaft dar.

Die SO-Fläche wird im nördlichen und östlichen Bereich zur landschaftsgerechten Einbindung des Plangebietes mit 5 m breiten Pflanzbindungen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern begrenzt.

Zur Information ist in der Anlage zu diesem Antrag die Planzeichnung des Bebauungsplan-Entwurfes beigelegt.

3. Landschaftsschutzgebiet (LSG) „Auenverbund Fulda“

3.1 Schutzzweck und Schutzziele

Die Auenlandschaften der Gewässersysteme Dammerser Wasser, Döllbach, Fliede, Fulda, **Haune**, Lüder, Schlitz, Schmalnau, Solz und Thalaubach sind durch Rechtsverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“ mit Datum vom 28.01.1993 zum Landschaftsschutzgebiet erklärt worden.



Gemäß § 2 der Schutzgebietsverordnung ist der Zweck der Unterschutzstellung „die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie die Sicherung der Fulda einschließlich ihrer Zuflüsse mit ihren durch Überflutung gekennzeichneten Auen als eine für Hessen typische Flusslandschaft. Der Schutz dient insbesondere den im Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser geprägten Lebensgemeinschaften entlang der Gewässer. Schutzziel ist die Erhaltung der durch die unterschiedlichen Durchfeuchtungsstufen bestimmten Wiesen- und Ufervegetationstypen sowie die weitgehende Wiederherstellung naturnaher Gewässerabschnitte durch die Umwandlung von Ackerland in Grünland und die Extensivierung der Grünlandnutzung“.

3.2 Abgrenzung der beantragten Entlassungsfläche

Die geplante Sondergebietsnutzung, die durch die Aufstellung des Bebauungsplanes „Talstraße“ ermöglicht werden soll, ist mit den Vorgaben der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“ nicht vereinbar.

Insbesondere stehen den geplanten baulichen Maßnahmen Genehmigungsvorbehalte entgegen, die dem Schutzzweck widersprechen. Zur Vermeidung eines solchen Widerspruchs ist daher parallel zum Bauleitplanverfahren ein sogenanntes Entlassungsverfahren der Plangebietsfläche aus der Gebietsabgrenzung des Landschaftsschutzgebietes erforderlich, um damit den derzeitigen rechtlichen Schutzstatus aufzuheben.

Die unmittelbar an den östlichen Ortsrand von Odensachsen angrenzende Plangebietsfläche ist in Abbildung 6 dargestellt und abgegrenzt. Die Abgrenzung betrifft das Flurstück 99/0 in Flur 6 der Gemarkung Odensachsen. Für dieses Grundstück wird die Entlassung aus dem Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“ beantragt.

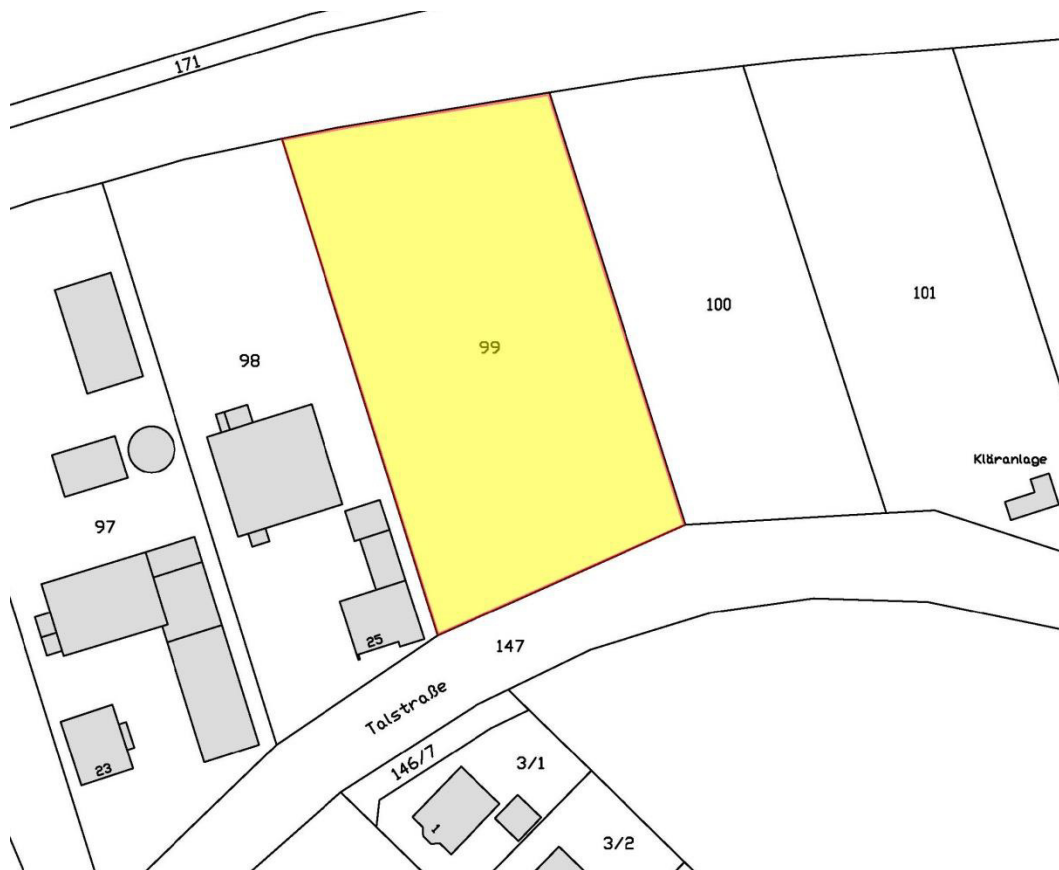


Abb. 6: Liegenschaftskarte mit Abgrenzung der beantragten Entlassungsfläche (Grundstück Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0)

3.3 Auswirkungen der beantragten LSG-Entlassung auf das gesamte Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Fulda“

Durch das geplante Vorhaben wird der Gesamtcharakter der Auenlandschaft des Gewässersystems der Fulda und ihrer Zuflüsse nicht grundsätzlich verändert. Bei einer Gesamtgröße von rund 9.500 ha Fläche des LSG „Auenverbund Fulda“ und der Kleinräumigkeit des vorgesehenen Bauleitplanverfahrens von weniger als 0,5 ha erscheint eine Entlassung in dieser Größenordnung von unwesentlicher Bedeutung für den Schutzgebietszweck.

Bei einer Entlassung der Flächen des Bebauungsplangebietes „Talstraße“ aus dem Landschaftsschutzgebiet wird der besondere Zweck der Unterschutzstellung der verbleibenden Schutzgebietsflächen – nämlich die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie der Sicherung der Fulda einschließlich ihrer Zuflüsse mit ihren durch Überflutung gekennzeichneten Auen – nicht wesentlich beeinträchtigt.



Weiterhin sind aufgrund der bisherigen Nutzung der Entlassungsfläche als intensiv genutztes Ackerland sowie der Lage des Grundstücks am unmittelbaren Ortsrand außerhalb des direkten Gewässerumfeldes und damit außerhalb des Überschwemmungsgebietes der Haune auch keine negativen Auswirkungen und Beeinträchtigungen auf die Schutzziele des Landschaftsschutzgebietes zu erwarten.

Bei einer zukünftigen Realisierung des Bebauungsplanes wird es durch die festgesetzten Ausgleichsverpflichtungen zudem zu einer Entwicklung und dauerhaften Etablierung von rund 2.000 qm extensiv zu nutzender Grünlandfläche kommen. Dies entspricht etwa 44% Flächenanteil der beantragten Entlassungsfläche, die zuletzt intensiv ackerbaulich genutzt wurden.

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass eine Entlassung der Plangebietsfläche des Bebauungsplanes „Talstraße“ in Odensachsen aus der Schutzgebietskulisse des Landschaftsschutzgebiets "Auenverbund Fulda" zu keinen wesentlichen Beeinträchtigungen der Auenlandschaften des Gewässersystems der Fulda und ihrer Zuflüsse führen wird.

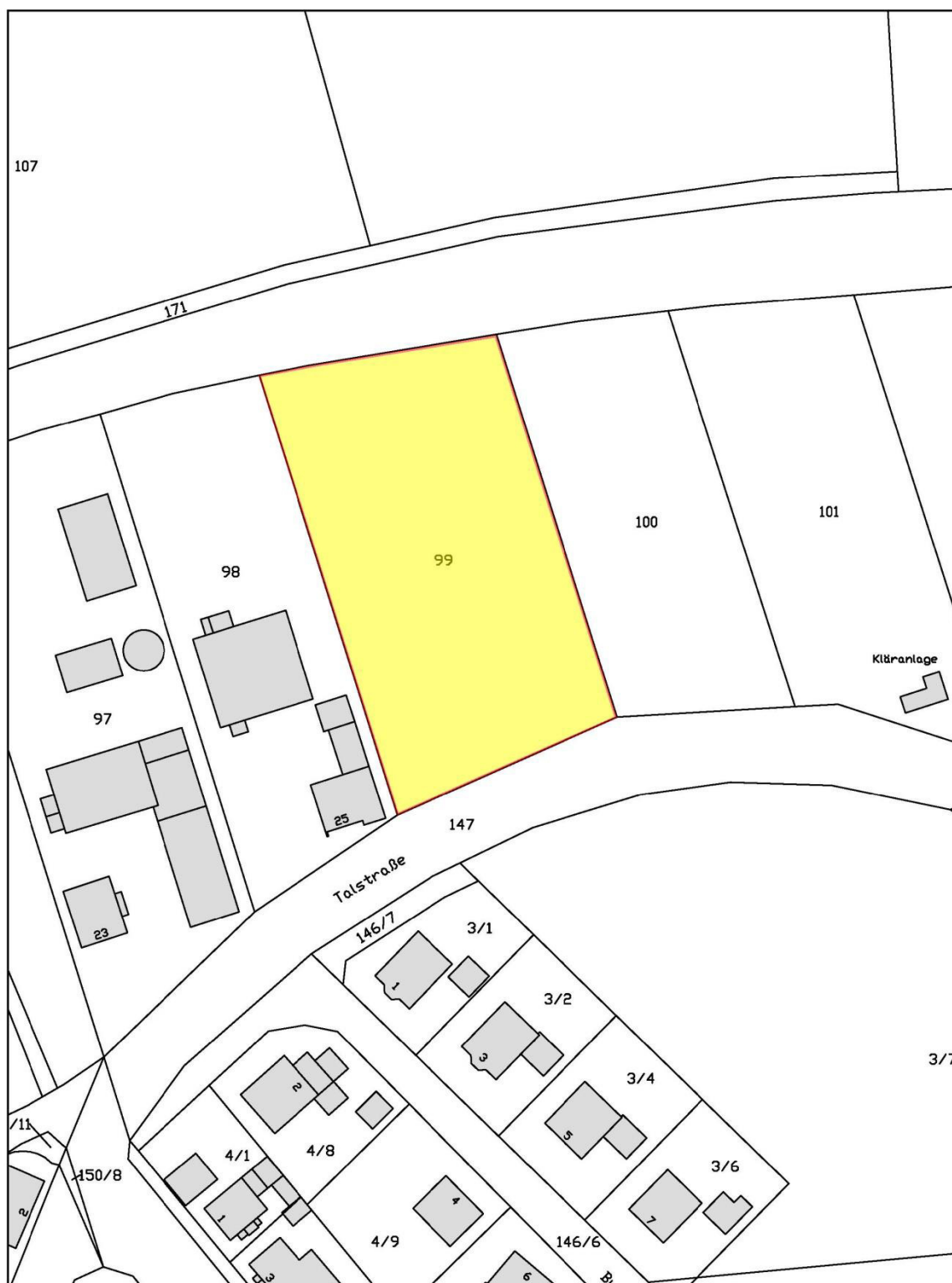


Anlagen zum Antrag auf LSG-Entlassung für das Grundstück Gemarkung Odensachsen, Flur 6, Flurstück 99/0

- ☐ Lageplan: Fläche zur Entlassung aus dem LSG, M 1:1.000

- ☐ Artenschutzrechtliche Einschätzung zum Bebauungsplan „Talstraße“
BANU - Diplom-Biologe Torsten Cloos, Stand 04.08.2022

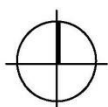
- ☐ Planentwurf Bebauungsplan „Talstraße“ im Ortsteil Odensachsen,
Stand: 17.10.2022



Haunetal-Odensachsen, Lageplan

M. 1.000 Stand: 2020-09

Fläche zur Entlassung aus dem LSG



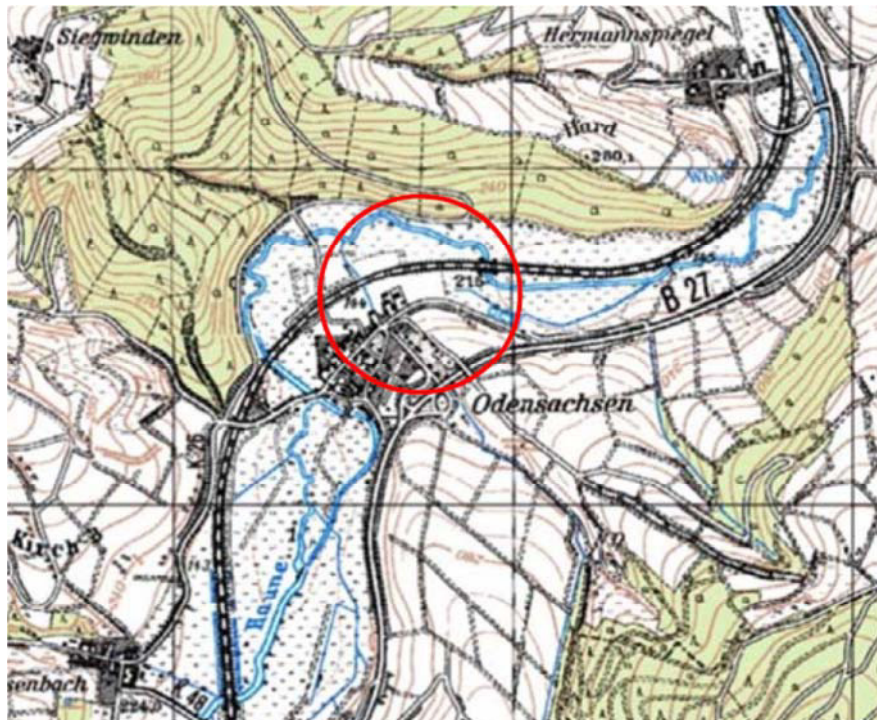
plusConcept
Kommunale Planung und Entwicklung



Artenschutzrechtliche Einschätzung

zum Bebauungsplan „Talstraße“

im Ortsteil Odensachsen der Marktgemeinde Haunetal



Erstellt durch:

BANU - Dipl.-Biol. Torsten Cloos

Neuendorfer Str. 8

34286 Spangenberg

Tel. 05663-931768

Mail: TorstenCloos@gmx.de

Inhaltsverzeichnis

1.	ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG	2
2.	DATENGRUNDLAGE UND UNTERSUCHUNGSGEBIET	2
2.1	ZU BEHANDELNDE ARTEN / ARTENGRUPPEN.....	2
2.2	UNTERSUCHUNGSGEBIET	3
3.	METHODIK.....	4
4.	EINSCHÄTZUNG ZUM ARTENSCHUTZ.....	4
4.1	VÖGEL	4
4.2	WEITERE RELEVANTE ARTEN.....	5
5.	ZUSAMMENFASSUNG	5

1. ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Der Bebauungsplan dient der Eigenentwicklung und Stabilisierung des Ortsteils Odensachsen. Ihr liegt die Absicht des in Odensachsen ortsansässigen Sascha Ruppert als Vorhabenträger zugrunde, der hier die notwendige Lagerungsmöglichkeit für das Haune-Rock-Festival schaffen will. Der Geltungsbereich der Satzung soll zukünftig als Mischbaugebiet für Lagerung und für kurzzeitiges Campen dienen. Die dafür neu entstehende Grünfläche kann extensiv genutzt werden. Entsprechend dem Bebauungskonzept des Vorhabenträgers soll eine maximal eingeschossige und kleinteilige Bebauung errichtet werden. Hinzu kommen die notwendigen Erschließungen, die nachzuweisenden Stellplätze, Garagen und ggf. weitere im MI-Gebiet zulässige Nebenanlagen.

Die geänderte Gesetzeslage durch die sogenannte "kleine Artenschutznovelle" im Rahmen der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) von Dezember 2007 erfordert trotzdem bei der Vorhabenzulassung die Beachtung und fachliche Auseinandersetzung mit den artenschutzrechtlichen Vorgaben. Nach dem Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen (HMUELv, 3. Fassung Dezember 2015) ist ein artenschutzrechtlicher Beitrag immer dann erforderlich, "wenn es bei Vorhaben und Plänen begründete Hinweise gibt, dass nach europäischem Recht geschützte Tier- und Pflanzenarten beeinträchtigt werden können". Aus diesem Grund ist bei oben genanntem Vorhaben grundsätzlich eine Einschätzung zu den artenschutzrechtlichen Belangen notwendig. Hierbei ist die Prüfung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG vorzunehmen. Im Folgenden sind die Ergebnisse der Untersuchung und die Schlussfolgerungen dargestellt.

Die unten aufgeführten Aussagen basieren auf den durchgeführten Erfassungsterminen in 2022 am 27.04., 25.05., 13.06., 18.07. und der darauf aufbauenden ergänzenden Potentialabschätzung.

2. DATENGRUNDLAGE UND UNTERSUCHUNGSGEBIET

2.1 ZU BEHANDELNDE ARTEN / ARTENGRUPPEN

Folgende Arten/Artengruppen wurden auf Basis der o.g. Datengrundlagen als möglicherweise beeinträchtigt herausgearbeitet:

- **Vögel**

Für alle weiteren FFH-Anhang-IV-Arten der Artengruppen wie

- Säugetiere (inkl. Fledermäuse)
- Amphibien und Reptilien
- alle Insektengruppen, Mollusken und weitere Wirbellose
- sowie der Artengruppen Pflanzen, Moose und Flechten

existieren im Untersuchungsgebiet keine geeigneten Habitate oder es existieren keine Hinweise auf entsprechende Vorkommen. Deshalb kann eine Betroffenheit für diese Arten ausgeschlossen werden. Diese Arten/Artengruppen müssen im Rahmen der Artenschutzbearbeitung nicht weiter behandelt werden. Der „Leitfaden Artenschutz in Hessen“ sagt zu diesen aus, dass sie – wenn nötig – aber im Rahmen der Eingriffsregelung beachtet werden müssen. Es konnten aber keine Hinweise auf entsprechende Arten gefunden werden. In dem direkt angrenzenden Grünland und dessen Säumen konnten auch keine adäquat genutzten Vorkommen des Großen Wiesenknopfes gefunden werden. Ein Vorkommen von im Haunetal verbreitet vorkommenden **Wiesenknopf-Ameisenbläulingen** kann also zumindest für den Nahbereich zum Eingriffsort ausgeschlossen werden.

2.2 UNTERSUCHUNGSGBEIT

Die gesamte Fläche wird ursprünglich intensiv landwirtschaftlich genutzt. Sie wird an drei Seiten durch Bahn, Bebauung und Gemeindestraße begrenzt (vgl. Abb. 1). Nach Osten öffnet sie sich in die Aue der Haune. Hier schließen Grünflächen an. Das betroffene Flurstück bzw. der Geltungsbereich befindet sich in einem FFH-Gebiet und ist Teil des Landschaftsschutzgebiets „Auenverbund Fulda“ (vgl. Aussagen dazu in den jeweiligen Unterlagen).



Abb. 1: Geltungsbereich des BPlans „Talstraße“

Der Geltungsbereich wird/wurde als Acker genutzt. Entlang des geteerten Feldweges sind kleine Säume vorhanden. Diese sollen aber erhalten werden (vgl. Abb. 2).

3. METHODIK

Neben einem Ortstermin zur Einschätzung des faunistischen Potentials fand im Vorfeld auch eine Abstimmung mit dem AG und dem beteiligten Bauleitplanungsbüro zur Festlegung des notwendigen Bearbeitungsumfangs statt. Eine faunistische Erfassung wurde als notwendig erachtet – v.a. hinsichtlich der Feldvögel. Die u. g. Aussagen und Schlussfolgerungen basieren auf den o.g. Erfassungsterminen und der darauf aufbauenden Potentialabschätzung. Dabei wird der Ursprungszustand als Ackerfläche angenommen.

4. EINSCHÄTZUNG ZUM ARTENSCHUTZ

Auf Basis der vorliegenden Daten sind folgende Aussagen zu treffen.

4.1 VÖGEL

Hier sind hauptsächlich die in den angrenzenden Siedlungen vorkommende Arten, wie z.B. Amsel, Bachstelze, Hausrotschwanz, Haussperling, Heckenbraunelle, Rotkehlchen, Stieglitz, Mönchsgrasmücke und sowohl Blau-, als auch Kohlmeise als **nahrungssuchende Tiere** im Plangebiet zu erwarten gewesen. Weiterhin sind zur Nahrungssuche folgende großräumig agierende Arten zu erwarten:

- Rotmilan (*Milvus milvus*)
- Mäusebussard (*Buteo buteo*),
- Rabenkrähe (*Corvus corone*),
- Ringeltaube (*Columba palumbus*),
und Turmfalke (*Falco tinnunculus*).

Für diese Arten, die den Planungsraum nur zur Nahrungssuche nutzen, sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten – ein lokales Ausweichen ist möglich, v.a. da in der direkten Umgebung weitere geeignete Nahrungsräume vorhanden sind.

Revierzentren von **Offenlandarten** wie der Feldlerche sind im eigentlichen Eingriffsgebiet keine zu erwarten gewesen und auch auf angrenzenden Flächen keine gefunden worden. Dies ist bedingt durch die kulissenartige direkte Umgebung des Plangebietes, die eine Ansiedlung von Offenlandarten nicht vermuten lässt. Eine Betroffenheit ergibt sich nicht.

Zusammenfassend kann somit die Frage nach dem Eintreffen der Verbotstatbestände für die Vogelfauna durchgängig mit nein beantwortet werden.

4.2 WEITERE RELEVANTE ARTEN

Es konnten keine Hinweise auf weitere relevante Arten gefunden werden. Da keine adäquat genutzten Vorkommen vom Großen Wiesenknopf in den Säumen des Plangebietes bzw. dem direkt angrenzenden Grünland gefunden werden konnten, ist auch ein Vorkommen vom im Haunetal regelmäßig vorkommenden Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling am konkreten Eingriffsort nicht gegeben gewesen.

5. ZUSAMMENFASSUNG

Aus den oben genannten Erläuterungen ergibt sich für den Artenschutz folgendes Ergebnis:

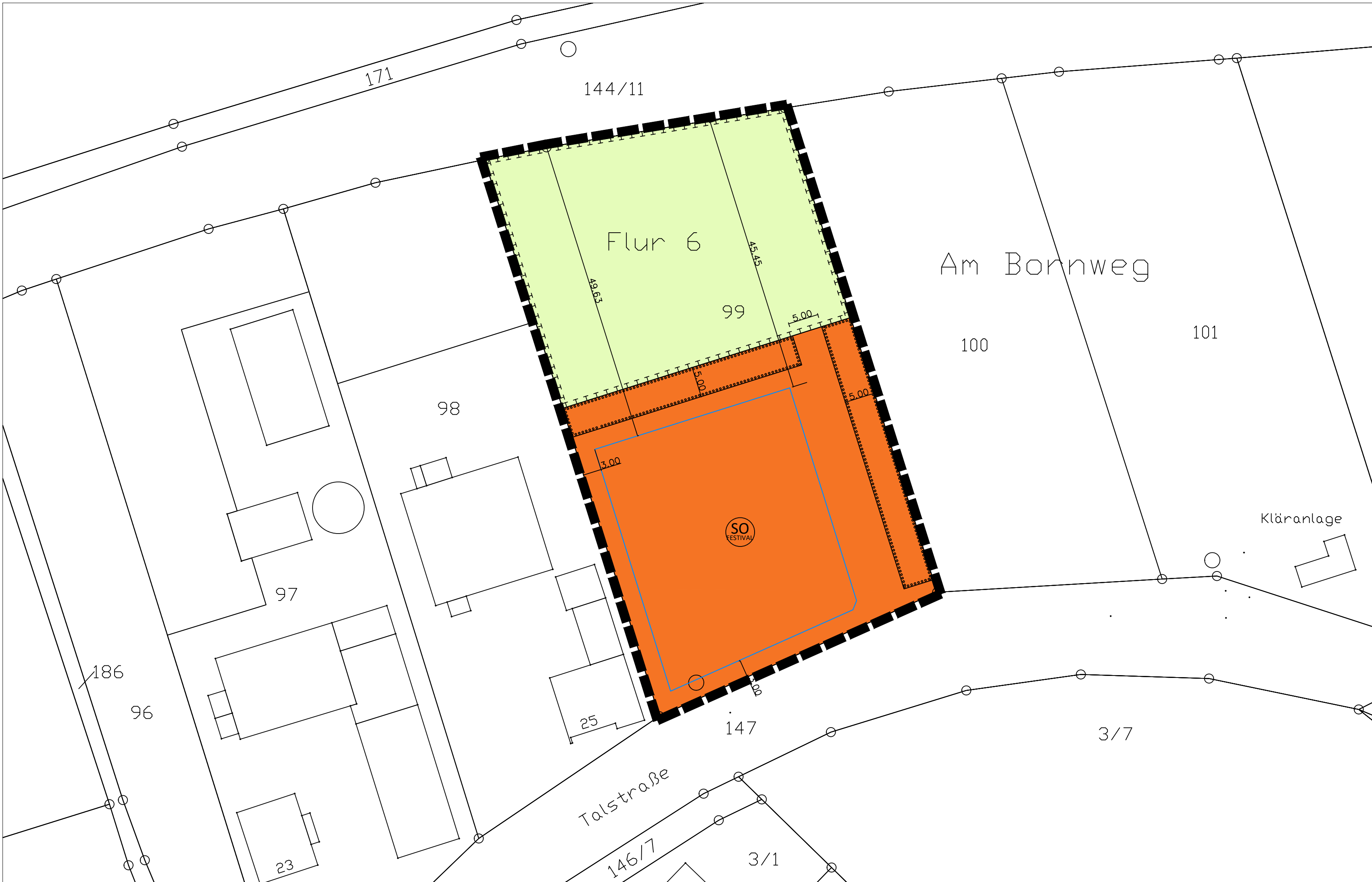
- **Avifauna:** Zusammenfassend kann die Frage nach dem Eintreffen der Verbotstatbestände für die Vogelfauna durchgängig mit nein beantwortet werden.
- **Weitere Arten, hier Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling:** Die Art konnte weder im Geltungsbereich bzw. dessen Säumen noch auf der angrenzenden Wiese gefunden werden: eine artenschutzrechtliche Problematik ergibt sich hier nicht.

Mit den vorliegenden Erläuterungen werden die artenschutzrechtlichen Vorgaben gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. mit § 44 Abs. 5 BNatSchG für das o.g. BPlangebiet bearbeitet. **Das Eintreten der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG kann für alle geprüften Arten/Artengruppen auf Grundlage der o.g. Abgrenzung des Plangebietes ausgeschlossen werden.** Sollten sich bei der Umsetzung des Vorhabens gegenüber der o.g. Beschreibung erhebliche inhaltliche Änderungen ergeben, so ist jedoch eine erneute artenschutzrechtliche Beurteilung nötig.

Aufgestellt, Spangenberg, den 04. August 2022



BANU – Dipl.-Biol. Torsten Cloos



GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANS "TALSTRASSE"

Festsetzungen durch Text gem. BauGB und BauNVO

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 4 BauNVO)

Es wird die Nutzung Sondergebiet (SO) Festival gem. § 11 BauNVO festgesetzt. Zulässig sind Nutzungen, die der Lagerung von Gegenständen, die dem Festivalbetrieb und ähnlichen Veranstaltungen sowie deren Vorbereitung dienen mit den zugehörigen Neben- und Erschließungsanlagen.

2. Maß der baulichen Nutzung und Höhe baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 17, § 18 und § 19 BauNVO)

Die maximale Grundflächenzahl (GRZ) für die Bebauung mit Gebäuden einschließlich der weiteren Nebenanlagen und der Erschließung wird mit GRZ = 0,8 festgesetzt. Dieser Wert kann geringfügig überschritten werden.

Zusätzlich wird die Höhe der baulichen Anlagen begrenzt durch die maximale Firsthöhe FH_{max} = 7,50 m. Bezugshöhe für die Firsthöhe ist die Oberkante der Talstraße, die mit 221,00 m üNN angenommen wird.

Geringfügige begründete Überschreitungen der maximalen Firsthöhe können ausnahmsweise zugelassen werden.

3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Es wird eine offene Bauweise festgesetzt.

4. Überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)

Die Baugrenzen legen das Baufeld für die überbaubare Grundstücksfläche fest. Ihr Abstand von den äußeren Grenzen des Baugrundstücks ergibt sich entsprechend den Angaben in der Planzeichnung mit 3,00 m.

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen u.a. bauliche Anlagen entsprechend § 23 Abs. 5 BauNVO zulässig.

5. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern (§ 9 Abs. 1 Nr. 26 BauGB)

Soweit Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern für die Herstellung des Straßenkörpers, der Wege und der Stellplätze erforderlich sind, sind diese von den Anliegern dieser Objekte zu dulden.

Auffüllungen der Baugrundstücke insbesondere im Bereich der Gebäudesohle sind entsprechend den Regeln der Technik möglich.

6. Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Der Geltungsbereich umfasst in Flur 6, Gemarkung Odensachsen das Flurstück 99. Er wird durch die Grenzen in der Planzeichnung festgesetzt.

7. Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Schädliche Bodenbelastungen und -verunreinigungen sind zu vermeiden, zu verhindern bzw. zu sanieren. Versiegelungen und Bodenbeseitigung sind so weit wie möglich zu vermeiden.

Bei der Bauausführung sind die vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV) herausgegebenen Merkblätter Bodenschutz für Häuslebauer und Bodenschutz für Bauausführende zu beachten.

An den östlichen und nördlichen Rändern des Sondergebiets werden entsprechend der Darstellung in der Planzeichnung Sträucher entsprechend der Pflanzempfehlung in der Begründung zu diesem Bebauungsplan gepflanzt. Die Breite des Pflanzstreifens beträgt 5,00 m.

Auf den in der Planzeichnung abgegrenzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern sind standortgerechte, gebietstypische Laubgehölze anzupflanzen. Je angefangene 100 qm sind ein Baum/Heister und 20 Sträucher gemäß der Gehölzauswahlliste zu pflanzen. Die Pflanzqualität wird für die Bäume/Heister auf mindestens 2xv., 125 - 150 cm und für die Sträucher auf mindestens 2xv., 60 - 100 cm festgelegt. Die Anpflanzungen sind zu entwickeln, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten.

Die in der Planzeichnung als Flächen für die Landwirtschaft dargestellten Grundflächen sind als extensives Grünland zu entwickeln und dauerhaft zu erhalten. Zur Neuanlage des Grünlandes ist entweder das sogenannte Heudruschverfahren anzuwenden, alternativ kann auch eine Einsaat mit regionalem Saatgut (gebietsheimische Regio-Saatgutmischung des Ursprungsgebietes UG 21 Hessisches Bergland) erfolgen. Die Etablierung des extensiven Grünlandes ist in Abstimmung mit einer fachkundigen Umweltbaubegleitung umzusetzen.

Die Flächen sind maximal zweimal jährlich zu mähen, wobei die erste Mahd zum Zeitpunkt der Hauptblüte der Gräser erfolgen soll. Ein zweiter Mahdtermin kann

im Anschluss hieran mindestens 8 Wochen später erfolgen, alternativ ist auch eine extensive Nachbeweidung mit bis zu 1,4 Großvieheinheiten zulässig. Der Einsatz von mineralischen Düngern und von Pflanzenschutzmitteln ist unzulässig. Das Mahdgut ist einer Verwertung zuzuführen, eine Mulchmahd wird nicht zugelassen.

Die zuständigen Behörden können für die Dauer des einmal jährlich stattfindenden Haunetal-Rock-Festivals die Fläche für die Landwirtschaft als kurzzeitigen Platz für Camping und Caravans für die Besucher und die Mitwirkenden beim Festival frei geben.

Festsetzungen durch Text gem. § 91 Hessischer Bauordnung HBO

8. Für die Dachdeckung von Gebäuden mit geeigneten Dächern sind nicht glänzende Eindeckungen aus Tonziegeln und Betondachsteinen, Tondachschindeln und Schiefer in den Farben rot, rotbraun, braun, schiefergrau und anthrazit sowie matte Metalldeckungen zulässig. Auf den Dächern ist sowohl eine Begründung als auch das Aufbringen von Anlagen zur Gewinnung von Solarenergie zulässig.

9. Einfriedungen sind in Form von lebenden Hecken, Zäunen und Mauern zulässig. Die Höhe von Pfeilern bei Toreinfahrten und Mauern wird auf 1,25 m begrenzt. Steingärten sind unzulässig.

Hinweise

Bodendenkmale

Bei Erdarbeiten entdeckte Bodendenkmäler und Bodenfunde, z.B. Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen, Scherben, Steingeräte, Skelettreste u.a., sind nach § 21 Abs. 1 Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG) unverzüglich der Denkmalfachbehörde (Landesamt für Denkmalpflege, Ketzlerbach 10, 35037 Marburg, Tel. 06421-685150) anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 21 Abs. 3 HDSchG).

Bodenschutz und Altlasten

Werden die Böden auch nur temporär oder als Baueinrichtungsfläche genutzt,

sind sie vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Art und Umfang der beim Bau erforderlichen Maßnahmen wie Baustraßen oder Anforderungen an die Baumaschinen werden in den Bauantragunterlagen dargelegt. Dies gilt auch für die Flächen, auf denen ein Befahren oder die Lagerung von Baumaterialien nicht zulässig sind. Der Oberbodenaushub ist ordnungsgemäß zu verwenden. Mutterboden ist zu sichern.

Sollten sich bei den Bauarbeiten farbliche und geruchliche Auffälligkeiten ergeben, sind die Bauarbeiten unverzüglich einzustellen und das Dez. 31.1 des RP Kassel "Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz" zu informieren.

Rechtsgrundlagen

(in den zum Zeitpunkt der Offenlegung gültigen Fassungen)

Raumordnungsgesetz (ROG)
Baugesetzbuch (BauGB)
Bauutzungsverordnung (BauNVO)
Planzeichenverordnung (PlanZV)
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)
Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)
Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG)
Hessisches Gesetz zur Ausführung des Bundesbodenschutzgesetzes und zur Altlastensanierung (HAiBBodSchG)
Hessische Bauordnung (HBO)
Hessisches Wassergesetz (HWG)
Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG)

Festsetzungen durch Planzeichen

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)



1.4.2 Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO) SO Festival

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

3.5 Baugrenze

12. Flächen für die Landwirtschaft und Wald (§ 5 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB)

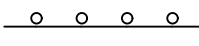


12.1 Flächen für die Landwirtschaft

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 5 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)



13.1 Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

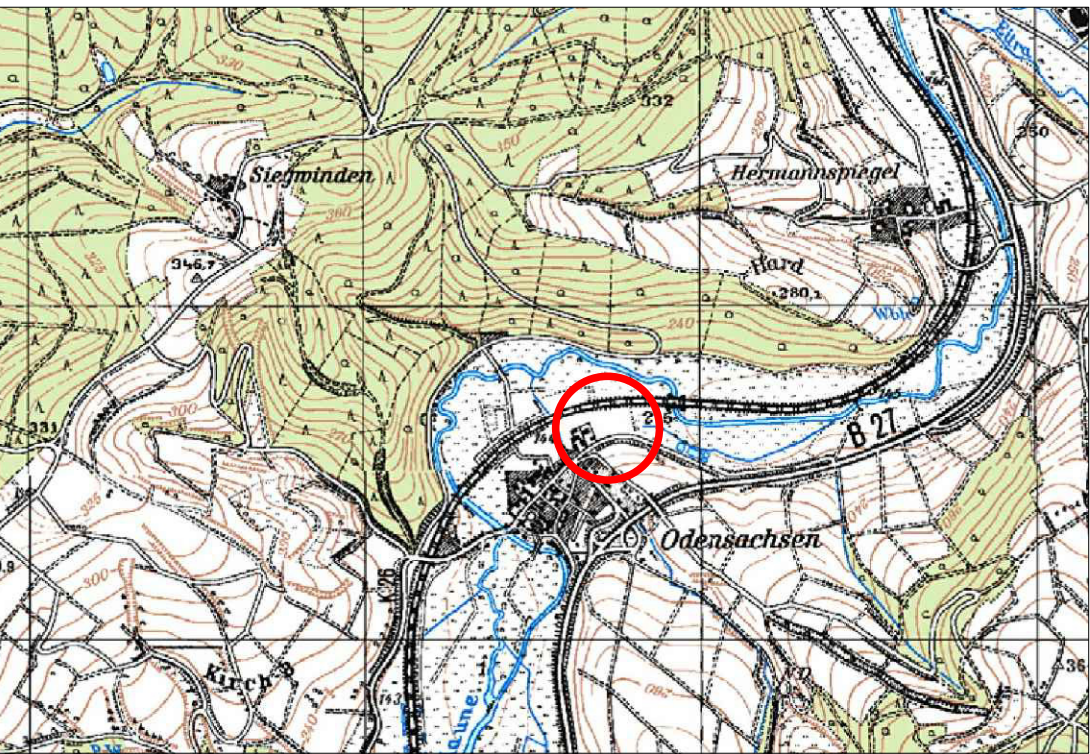


13.2.1 Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

15. Sonstige Planzeichen



15.13 Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)



TOPOGRAPHISCHE KARTE MIT UMGEBUNG DES GELTUNGSBEREICHES



ORTHO FOTO DES GELTUNGSBEREICHES MIT NÄCHSTER UMGEBUNG

Verfahrensvermerke

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Gemeindevertretung gefasst am 05.04.2022

Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am 16.09.2022

Die frühzeitige Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 Bau1B erfolgte vom 23.09.2022 bis zum 14.10.2022

Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 erfolgte parallel dazu.

Der Beschluss über den Entwurf und dessen öffentliche Auslegung sowie zur Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte durch die Gemeindevertretung am 01.11.2022

Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ortsüblich bekanntgemacht am 00.11.2022

Die öffentliche Auslegung erfolgte in der Zeit vom 00.11.2022 bis einschließlich 00.12.2022

Parallel erfolgte die Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Der Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB erfolgte durch die Gemeindevertretung am 00.00.2023

Die Bekanntmachungen erfolgten im amtlichen Mitteilungsorgan für die Marktgemeinde Haunetal.

Ausfertigungsvermerk

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Satzung mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Haunetal übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Haunetal, den __. __. 2023

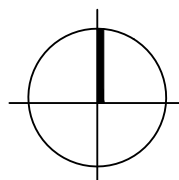
Bürgermeister / Siegel

Rechtskraftvermerk

Durch öffentliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 6 Abs. 5 BauGB im amtlichen Mitteilungsblatt Nr. __ am __. __. __ sind die Änderung und die Ergänzung in Kraft getreten.

Haunetal, den __. __. 2023

Bürgermeister / Siegel



BEBAUUNGSPLAN "TALSTRASSE" im ORTSTEIL ODENSACHSEN

im Auftrag von Herrn Sascha Ruppert, Odensachsen

IN ABSTIMMUNG MIT DER



MARKTGEMEINDE HAUNETAL
KONRAD-ZUSE-PLATZ 6
36166 HAUNETAL

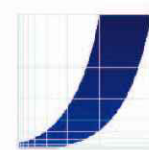
DATENGRUNDLAGE: ALK (ISTAND 09.02.2019)
MASSSTAB/LATT: 1: 500 / DIN A1 oder 1: 1.000 / DIN A3
PROJEKTNUMMER: RUP 2201 S
ERSTELLUNG: 25.07.2022
BLATTNUMMER: 2.01

BEARBEITUNGEN:

26.07.2022	VE Grundlagen / Vorabstimmung	sc/sx
01.09.2022	VE Vorentwurf	sc
17.10.2022	E Entwurf	sc



info@plusconcept.com
www.plusconcept.com



ALTE MENGESBERGER STRASSE 4
34613 SCHWALMSTADT

PFERDSDORFER WEG 5
99831 CREUZBURG